

Europasozio­logie – Institutionen und Leute in der Europäischen Integration

von Georg Vobruba

Probleme der Europäischen Integration werden in der Regel als Inkongruenzen zwischen der Entwicklung der Institutionen und den Einstellungen und Handlungsdispositionen der Leute verstanden. Dabei gibt es in der Europasozio­logie eine starke Tendenz, den Fokus der Forschung auf Einstellungen und Handeln zu richten, die Entwicklung der Institutionen dagegen als Domäne der Politikwissenschaft anzusehen. Die nachfolgende Kritik der Europasozio­logie richtet sich gegen diese Art der sozialwissenschaftlichen Arbeitsteilung, denn Erklärungen der Probleme und Perspektiven der Europäischen Integration sind nur möglich, wenn man Funktionsvoraussetzungen von Institutionen und Handlungsdispositionen von Akteuren präzise aufeinander bezieht.

Usually problems of European Integration are seen as a mismatch between institutional developments and peoples' stances on them, in addition to their dispositions to act. The sociology of European Integration has a strong tendency to focus exclusively on attitudes and actions, whereas leaving institutions to political science. The following critique of the sociology of European Integration turns against this kind of a division of labor, arguing that problems and perspectives of European Integration cannot be analysed but by precisely relating institutional problems with peoples' attitudes and actions.

I. Einleitung

Die europäische Integration verändert die Lebensbedingungen in Europa tiefgreifend und mit hohem Tempo. Prozesse grundlegenden und raschen sozialen Wandeln bieten den Sozialwissenschaften privilegierte Erkenntnischancen. Der Grund dafür ist, dass „krasser sozialer Wandel“¹ Routinen bricht und neuartige Erfahrungen unabweisbar macht. Dies lässt sich auf zwei Ebenen beobachten. Erstens verunsichert die Europäische Integration eingespielte sozialwissenschaftliche Begriffsstrategien, Beobachtungsroutinen und Erklärungsmuster. Und zweitens bringt die Europäische Integration auf der Ebene der Leute² neue Erfah-

1 Clausen, L.: Krasser sozialer Wandel, Opladen, 1994.

2 Mein Vorschlag, „Leute“ als soziologischen Grundbegriff zu verwenden, berührt Konstruktionsprobleme der soziologischen Gesellschaftstheorie, mit denen ich diesen Text nicht belasten kann. Vgl. dazu Vobruba, G.: Die Gesellschaft der Leute, Wiesbaden, 2009; Lessenich, S.: Soziologie – Krise – Kritik, in: Soziologie 43/1 (2014), 7-24; Soeffner, H.-G.: Strukturelle Zwänge und kleine Freiheiten. Die soziologische Beobachtung alltäglicher Befreiungsversuche am Beispiel der ‚Stile des Lebens‘ und der ‚Gesellschaft der Leute‘, in: Fehmel, T./Lessenich, S./Preunkert, J. (Hg.): Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen, Frankfurt a. M. u.a., 2014, 81-115;

rungen, Handlungschancen und Anpassungszumutungen. Die Entwicklungen auf beiden Ebenen stehen miteinander in engem Zusammenhang. Zum einen gründen die Verunsicherungen sozialwissenschaftlicher Routinen selbst erst einmal in sich ändernden Alltagserfahrungen forschender Akteure. Ohne deutlich wahrnehmbare Veränderungen der eigenen Lebenswelt³ sozialwissenschaftlich beobachtender Akteure ist gesteigerte sozialwissenschaftliche Aufmerksamkeit für Wandlungsprozesse, die auf der Ebene der Leute stattfinden, kaum möglich. Und zum anderen stellen die sozialwissenschaftlichen Beobachtungen des Wandels auf der Ebene der Leute erst die Herausforderung für die Sozialwissenschaften dar, den Begriffsapparat für ihre Beobachtungen und ihre Interpretationen zu adaptieren; und sie liefern zugleich das Material, an dem sie deren Angemessenheit erproben.

II. Soziale Integration

Es ist in der Soziologie nicht ungewöhnlich, Entwicklungen der sozialen Verhältnisse in der Begrifflichkeit von „Systemintegration und soziale Integration“⁴ zu fassen. Der Begriff „Soziale Integration“ zielt auf „die geordneten oder konfliktgeladenen Beziehungen der *Handelnden* eines sozialen Systems“, bei „Systemintegration“ geht es „um die geordneten oder konfliktgeladenen Beziehungen zwischen den *Teilen* eines sozialen Systems.“⁵ In der Europasozio­logie bedient man sich dieser Begrifflichkeit gerne und fasst Integrationsprobleme der EU als Inkongruenzen/*mismatch* von Systemintegration und sozialer Integration⁶ Allerdings wird meist von einem engeren Verständnis von sozialer Integration ausgegangen, das nur Einstellungen und Handlungsdispositionen der Leute erfasst. Dem wird Systemintegration als „politisch-rechtliche Integration“⁷ gegenüber gestellt. Lockwoods Begriff der sozialen Integration dagegen erfasst beides: Sowohl Einstellungen und Handlungsdispositionen der Leute als auch Institutionen, die Handlungsmöglichkeiten definieren und an die sich Handeln richtet.

Vobruba, G.: Autonomiegewinne und Gesellschaftskritik, in: Fehmel, T./Lessenich, S./Preunkert, J. (Hg.): Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen. Frankfurt a. M. u.a., 265-281.

3 Schütz, A./ Luckmann, Th.: Strukturen der Lebenswelt, Konstanz, 2003.

4 Lockwood, D.: Soziale Integration und Systemintegration, in: Zapf, W. (Hg.): Theorien des sozialen Wandels, Königstein/Ts, 1979, 214-137.

5 Lockwood, D., a.a.O., 125.

6 Zum Beispiel Berger, P. A.: 2010: Soziale Integration (in) der Europäischen Union, in: Eigmüller, M./Mau, S. (Hg): Gesellschaftstheorie und Europapolitik, Wiesbaden, 2010, 181-193. Bach, M.: Europa ohne Gesellschaft, Wiesbaden, 2015. Gerhards, J./ Lengfeld, H.: Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger, Wiesbaden, 2013.

7 Berger, P. A. : a.a.O., 181.

„Systemintegration“ ist nicht ein anderer Bereich sozialer Phänomene, sondern ergibt sich aus einer anderen sozialwissenschaftlichen Perspektive auf die Gesellschaft, in der man Funktionsprobleme erfassen und dann als Ursachen von Spannungen im Verhältnis von Institutionen und Leuten, also innerhalb von sozialer Integration, untersuchen kann.

Hier geht es mir in erster Linie darum, wie die Europasozio­logie⁸ das Verhältnis von Einstellungen und Handlungsdispositionen der Leute einerseits und EU-Institutionenentwicklung andererseits untersucht. In der Praxis bestehen enge Beziehungen zwischen Institutionenentwicklungen und den Einstellungen der Leute; zwischen den institutionell sich ergebenden Handlungschancen und Zumutungen einerseits, und den Beobachtungen, Interpretationen und Handlungsdispositionen der Leute andererseits. Die Europasozio­logie tendiert dazu, diese beiden Ebenen zu separieren und getrennt zu analysieren. Das ist schon in dem engen Verständnis von sozialer Integration, das Institutionen nicht einschließt, angelegt. Die Europasozio­logie droht damit die spezifische Dynamik der Europäischen Integration, die sich aus Wechselwirkungen von Institutionen- und Leutebene speist, zu verfehlen. Das ist der Kern meiner Kritik der Europasozio­logie.

III. Institutionen- und Leutebene

Ich gehe ohne weitere Prüfung davon aus, dass die Soziologie es in ihrem Gegenstandsbereich nicht mit Reaktionsautomaten, sondern mit Akteuren zu tun hat, welche die Situationen, mit denen sie konfrontiert sind, beobachten, interpretieren und ihre Handlungspläne an diesen Interpretationen ausrichten. Mag der Spielraum für Interpretationsalternativen in extremen Fällen auch klein sein, wird das Handeln, das daran anschließt, doch nie völlig determiniert.⁹ Will man Handeln soziologisch erklären, ist man also auf Informationen über die Situationsinterpretationen von potentiellen Akteuren angewiesen.¹⁰ Daraus folgt, dass die Soziologie auf Beobachtungen zweiter Ordnung angewiesen ist: Die Soziologie beobachtet und interpretiert, in welcher Weise die Leute beobachten, inter-

8 Die internationale sozialwissenschaftliche Literatur zur Europäischen Integration lässt sich nicht mehr überblicken. Ich konzentriere meine Bestandsaufnahme darum, mit wenigen Ausnahmen, auf Beiträge der deutschsprachigen Europasozio­logie.

9 *Fehmel, T.*: Autonomiegewinne als Bezugspunkt sozialer Theorie und Praxis, in: Fehmel, T./Lessenich, S./Preunkert, J. (Hg.): Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen. Frankfurt a. M. u. a., 2014.

10 *Kroneberg, C.*: Die Erklärung sozialen Handelns, Wiesbaden, 2011, hier 66ff.

pretieren und dem entsprechend handeln.¹¹ Soziologische Erklärungen sind also stets über die Interpretationen und das Handeln der Leute zu führen.

Das bedeutet: Die Soziologie ist darauf angewiesen, die „Auslegung“¹² sozialer Sachverhalte durch die Leute als konstitutiven Bestandteil der sie interessierenden sozialen Sachverhalte zu nehmen; also: zu beobachten und zu interpretieren, in welcher Weise in ihrem Gegenstandsbereich beobachtet, interpretiert und dem entsprechend gehandelt wird. *Alfred Schütz* hat dies als eine Grundvoraussetzung, Soziologie zu betreiben, bezeichnet. „Everyone, to become a social scientist, must make up his mind to put somebody else instead of himself as the centre of this world, namely, the observed person.“¹³ Indem sich die Soziologie systematisch auf Beobachtungen zweiter Ordnung einstellt, trägt sie dem Umstand Rechnung, dass im Untersuchungsobjekt der Soziologie immer schon (proto-) soziologische Beobachtungs- und Interpretationsprozesse stattfinden. Am leichtesten scheint es hermeneutischen Absätzen zu fallen, dies zu berücksichtigen: „Hermeneutik ist keineswegs nur eine ‚Kunstlehre‘, die erst durch die wissenschaftliche Zuwendung zu Texten ausgebildet wird, sondern eine Leistung der Handelnden, die auch ohne jede Kenntnis über die Hermeneutik erbracht wird.“¹⁴ Aber auch die quantitative empirische Sozialforschung sieht sich zunehmend in der Lage, ihre erkenntnisleitenden Fragen in der Logik von Beobachtung zweiter Ordnung zu stellen. Im Kern geht es dabei darum, „welche Identifikationen und wechselseitigen Klassifikationen die Menschen selbst vornehmen“,¹⁵ also: wie die Leute ihre sozialstrukturelle Lage beobachten und interpretieren.

Soziologie als Beobachtung zweiter Ordnung zu betreiben, hat unmittelbar Konsequenzen für den Umgang mit dem Begriff „Gesellschaft“. Bekanntlich herrscht in der Soziologie Uneinigkeit darüber, ob sie einen Begriff von Gesellschaft braucht und überhaupt brauchen kann. Während für Theorieentwürfe in der Tradition von *Auguste Comte*, *Emile Durkheim*, *Talcott Parsons* und – zurückhaltender – *Niklas Luhmann* die Vorstellung eines gesellschaftlichen Ganzen grundlegend ist, stehen andere, etwa *Max Weber*, *Karl Popper* oder *Bruno Latour*

11 Vobruba, G.: Die Gesellschaft der Leute, a.a.O., hier 11ff.

12 Soeffner, H.-G.: Auslegung des Alltags – Der Alltag der Auslegung, Frankfurt a. M., 1989.

13 Schütz, A.: The Problem of Rationality in the Social World, in: *Economia*, 10/38 (1943), 130-149, hier 134.

14 Knoblauch, H.: Reflexive Methodologie. Sozialwissenschaftliche Hermeneutik und kommunikatives Handeln, in: Hitzler, R. (Hg.): *Hermeneutik als Lebenspraxis*, Weinheim, 2015, 117-129, hier 122.

15 Sachweh, P.: 2013. Symbolische Grenzziehungen und subjektorientierte Sozialstrukturanalyse, in: *ZfS*, 42/1 (2013), 7-27, hier 8. Vgl. Offerhaus, A./Mollen, A./Hepp, A.: ‘Europe is already all around, but no one notices’ – the Europeanization of public spheres in regional newspaper reporting, in: *Transstate Working Papers*, 183, University of Bremen.

einer solchen Theoriearchitektur skeptisch gegenüber. Wenn ich recht sehe, lässt sich in der Perspektive einer soziologischen Gesellschaftstheorie, die als Beobachtung zweiter Ordnung ansetzt, diese Entgegensetzung relativ leicht überwinden. Denn in dieser Perspektive geht es nicht mehr darum, nach welchen Kriterien soziologisch zu entscheiden ist, ob es so etwas wie Gesellschaft gibt. Vielmehr geht es um die Frage, anhand welcher Kriterien unterschiedliche Akteursgruppen die sozialen Verhältnisse so beobachten, dass sie zu der Interpretation kommen, eine Gesellschaft existiere. Um solche Vorgänge empirisch zu untersuchen, kann die Soziologie keinen vorgefertigten Gesellschaftsbegriff brauchen, denn der würde ihr nur Erkenntnismöglichkeiten verstellen. Erforderlich ist nur ein heuristisches Vorverständnis, um soziologische Suchprozesse nach empirischen Formen von Gesellschaftsbildung und –definition in Gang zu setzen. Denn es geht um „die Gesellschaft der Leute“.¹⁶ Die Europäische Integration bietet für ein solches empirisches Gesellschaftsverständnis ein ideales Anwendungsfeld.

Dem Forschungsprogramm der soziologischen Gesellschaftstheorie geht es nicht darum, die Bildung oder Nicht-Bildung einer „europäischen Gesellschaft“ unter Anlegung Soziologie-interner Kriterien zu diagnostizieren,¹⁷ sondern um die Frage, ob in ihrem Beobachtungsbereich soziale Prozesse in der Praxis als Gesellschaftsbildung beobachten und interpretiert werden. Denn erst wenn dies auf der Ebene der Leute stattfindet, handelt es sich um potentiell handlungsrelevante, sozial folgenreiche Prozesse. Erst auf diese Weise lässt sich systematisch berücksichtigen, dass Gesellschaftsbildung ein konfliktreicher Konstruktionsprozess ist¹⁸, da unterschiedliche Akteursgruppen unterschiedliche Gesellschaftsverständnisse vertreten, unterschiedliche Niveaus sozialer Integration und unterschiedliche Grenzziehungen ihrer Gesellschaft befürworten. In der Europa-soziologie wird insbesondere davon ausgegangen, dass gesellschaftliche Eliten eher eine transnationale, gesellschaftliche Gruppen in der verunsicherten Mitte sind und darunter eher ein national gerahmtes Gesellschaftsverständnis haben.¹⁹ Vor allem die unterschiedlichen Einstellungen zu den diversen Erweiterungsrounden der EU und zur Arbeitnehmerfreizügigkeit haben deutlich gemacht, dass unterschiedliche Akteursgruppen entsprechend ihren unterschiedlichen Interes-

16 Vobruba, G.: Die Gesellschaft der Leute, a.a.O.

17 Vobruba, G.: The Social Construction of the European Society, in: Dahms, H. F./Hazelrigg, L. (Hg.): Theorizing Modern Society as a Dynamic Process, Bingley, 2012, 263-279.

18 Münch, R.: Die Konstruktion der europäischen Gesellschaft, Frankfurt a. M., 2008.

19 Münch, R.: Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats, Frankfurt a. M., 2001.

sen unterschiedlich gegrahmte Gesellschaftsverständnisse vertreten, mit denen sie unterschiedliche Inklusions- und Exklusionsforderungen verknüpfen.²⁰ Ich gehe also davon aus, dass potentielle Gesellschaftsbildung in der Europäischen Integration sich als Co-Entwicklungen von Institutionenentwicklungen und den Einstellungen und Handlungsdispositionen der Leute untersuchen lassen. Im Zentrum der Europasozio­logie muss also das Verhältnis zwischen Institutionenebene und Leuteebene im Europäischen Integrationsprozess stehen. Ihr Zusammenwirken macht die soziale Integration im europäischen Rahmen aus.

Rückt man das Verhältnis von Institutionenebene und Leuteebene in die Perspektive der soziologischen Beobachtung zweiter Ordnung, kann man sogleich auch einsehen: Es geht nicht darum, ein bestimmtes Niveau an sozialer Integration soziologisch als „ausreichend“ auszuzeichnen. Es geht vielmehr um die Frage, ob mit Blick auf Funktionsanforderungen von Institutionen ein gegebenes Niveau an sozialer Integration als ausreichend angesehen wird. Und es geht, aus der Perspektive der Leute, um die Frage, welche Akteursgruppen zur Herstellung welches Niveaus an sozialer Integration bereit sind, und welche Gründe dies hat. Insgesamt geht es also darum, das Verhältnis der Leute zur Europäischen Integration zu den Funktionserfordernissen der EU-Institutionen ins Verhältnis zu setzen. Dahinter stehen die beiden Thesen, dass sich institutionelle Entwicklungsmöglichkeiten, Grenzen und Krisen der Europäischen Integration nur durch Analyse spezifischer Bedarfe an sozialintegrativer Unterfütterung erschließen lassen; und dass nur über den Umweg der Beobachtung zweiter Ordnung relevante Informationen über tatsächliche Handlungsbereitschaften, sei es im Sinne der Institutionen, sei es abseits von ihnen oder gegen sie, zu bekommen sind.

Um die Europäische Integration als prekäres Verhältnis von Institutionenebene und Leuteebene soziologisch erschließen zu können, musste sie allerdings selbst erst einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht haben. Warum?

IV. Die Gründungskonstellation der Europasozio­logie

Das sozialwissenschaftliche Interesse an der Europäischen Integration entwickelte sich in Schüben. Dabei ist zu beobachten, dass sich das Interesse der Politikwissenschaft an der Europäischen Integration deutlich früher entwickelte als das Interesse der Soziologie. Wie lässt sich erklären, dass die Soziologie in der Ent-

20 Nissen, S.: Who Wants Enlargement of the EU? Support for Enlargement among Elites and Citizens, in: Czech Sociological Review, 39/6 (2003), 757-772; Nissen, S.: European Identity and the Future of Europe, in: Bach, M./Lahusen, C./Vobruba, G. (Hg.): Europe in Motion. Social Dynamics and Political Institutions in an Enlarging Europe, Berlin, 2006, 155-174.

wicklung der Europaforschung Nachzüglerin ist?²¹ Die Antwort auf diese Frage führt über unterschiedliche erkenntnisleitende Interessen von Politikwissenschaft und Soziologie zu Unterschieden zwischen Europapolitik und Europasozio-
logie.²²

Die Politikwissenschaft interessiert sich in erster Linie für Prozesse im politischen System, für das Handeln politischer Entscheidungsträger, für dadurch bewirkte Institutionenentwicklungen und schließlich für die Positionierung des politischen Systems in seiner Umwelt. Selbst politikwissenschaftliche Ansätze, die für Akteursfragen prinzipiell offen sind²³, nehmen die Leuteebene nur als wenig spezifizierten Hintergrund und befassen sich primär mit politischen Akteuren und ihren jeweiligen starken institutionellen Prägungen. Diese Fokussierung auf Institutionen hat es der Politikwissenschaft ermöglicht, Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Integration bereits relativ früh zur Kenntnis zu nehmen, begleitend zu interpretieren und zu beraten. Denn in den ersten Jahrzehnten war die Europäische Integration ausschließlich eine Angelegenheit von politischen Spezialisten. Die frühen institutionellen Integrationschritte waren das Ergebnis internationaler Verhandlungen und Verträge. In ihrer Folge entstand ein Soziotop, in dem sich eine europäische Integrationselite entwickeln konnte, deren Wertorientierungen und Karriereinteressen sich mit integrationspolitischen Fortschritten verbanden. Die Lebensverhältnisse der nationalen Bevölkerungen aber wurden nicht merkbar tangiert. Daran, dass die Europäische Integration für die Leute unauffällig blieb, änderte weder die Süderweiterung der EU noch die Einführung der Direktwahl zum EU-Parlament etwas. Die ersten maßgeblichen politikwissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Europäischen Integration befassten sich mit Fragen der europäischen Institutionenbildung, mit Kompatibilitäten und Konkurrenz zwischen der nationalstaatlichen und der EU-Ebene, sowie mit dem Problem der institutionellen Entwicklungsperspektive der EU im großen Stil („Finalität“). Diese Art politikwissenschaftlicher Forschung

21 Eine Ausnahme ist *Lepsius, M. R.*: Die Europäische Gemeinschaft: Rationalitätskriterien der Regimebildung, in: Zapf, W. (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a. M. u. a., 1990, 309-317.

22 *Bach, M.*: Denken Soziologen anders über Politik als Politikwissenschaftler? Zur Eigenständigkeit der Politischen Soziologie, in: *Soziologie*, 33/ 2 (2004), 17-34; *Nollmann, G.*: Der Geist Europas, in: *Soziologie*, 33/3 (2004), 7-21; *Delhey, J.*: Das Abenteuer der Europäisierung, in: *Soziologie*, 34/1 (2005), 7-27; *Favell, A./Guiraudon, V.*: The Sociology of the European Union. An Agenda, in: *European Union Politics*, 10/4 (2009), 550-576.

23 *Mayntz, R./Scharpf, F. W.*: Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus, in: *Mayntz, R./Scharpf, F. W.* (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt a. M., 1995, 39-72. *Scharpf, F., W.*: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen, 2000.

berührte sich mit verfassungsrechtlichen Fragen.²⁴ Ihre Bedeutung ergab sich aus ihrer Politiknähe. Die politikwissenschaftliche Forschung und Diskussion konzentrierten sich ganz überwiegend auf professionelle politische Akteure und Institutionen – sowohl als Objekte der Forschung wie auch als Adressaten der Forschungsergebnisse.

Diese Ausrichtung des Forschungsinteresses mag einer Grundeinstellung der Politikwissenschaft geschuldet sein; jedenfalls fand sie ihre Entsprechung in ihrem Forschungsgegenstand: Da die politischen Entscheidungen und institutionellen Innovationen keine wahrnehmbaren Folgen für die Lebensverhältnisse der Bevölkerungen in den Mitgliedsländer der EU hatten, blieb die Ebene der Leute sozialwissenschaftlich unbeobachtet. Das war die lange Periode des *permissive consensus*.²⁵ Im Schutze wohlwollender Gleichgültigkeit der potentiell Betroffenen konnte sich die Europäische Integration als das Projekt intellektueller und politischer Eliten institutionell entwickeln. Das bedeutet nicht, dass die Integration ungestört und stetig verlief. Aber die Störungen kamen von den politischen Akteuren und aus dem institutionellen Komplex selbst. Sie ergaben sich aus Rivalitäten zwischen unterschiedlichen nationalen politischen Eliten (Politik des leeren Stuhls), aus Unsicherheiten und Uneinigkeiten über die Kompetenzverteilung zwischen nationalstaatlicher und EU-Ebene und aus Konflikten zwischen politischen und ökonomischen Eliten. Mit anderen Worten: Die politikwissenschaftliche Europaforschung hatte mehrere Jahrzehnte lang keinen Anlass, an der Fokussierung ihres Forschungsinteresses etwas zu ändern, und der Soziologie bot die Europäische Integration kaum Anknüpfungspunkte.

Dies änderte sich mit einigen wenigen markanten institutionellen Entwicklungsschüben, durch welche die Leute ins Spiel kamen.²⁶ Rückblickend ist leicht zu erkennen, dass sich der Integrationsmodus: Elitenprojekt und Leutegleichgültigkeit mit der Zeit selbst aufheben musste. Denn gerade der Erfolg, den das Elitenprojekt unter dem Schutz der Leutegleichgültigkeit hatte, führte zu Vertiefungen der Integration, bis schließlich die Lebensverhältnisse der Bevölkerungen davon erfasst wurden, sich direkt auf den Integrationsprozess bezogene Interessen formten und sich die Leutegleichgültigkeit auflöste.²⁷

24 Wildenmann, R. (Hg.): Staatswerdung Europas? Optionen für eine Europäische Union, Baden-Baden, 1991.

25 L.N. Lindberg, L. N./Scheingold, S.A.: Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Engelwood Cliffs, 1997.

26 Hooghe, L./Marks, G.: A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraint Dissensus, in: British Journal of Political Science, 39 (2008), 1-23.

27 Vobruba, G.: Die Dynamik Europas, Wiesbaden, 2007.

Der Eintritt der Leute in den Prozess der Europäischen Integration hatte zwei forschungsstrategische Konsequenzen. Die Politikwissenschaft registrierte die zunehmende Relevanz der Leute als Zunahme der restringierenden Bedingungen für die Europäische Integration. Sie diagnostizierte ein europäisches Legitimationsproblem²⁸ und reagierte darauf mit als „normativer Demokratietheorie“ verpackten Postulaten. Dieser Entwicklungsstrang der politikwissenschaftlichen Europaforschung ist hier nicht das Thema. Entscheidend ist die zweite Konsequenz: Erst mit dem Eintritt der Leute in den Prozess der Europäischen Integration konnte sich ein Spannungsverhältnis zwischen Institutionenentwicklung und den Leuten entwickeln. Daraus folgt: Institutionen- und Leuteebene müssen begrifflich klar getrennt, analytisch aber präzise aufeinander bezogen werden. Dies ist die Grundlage der Europasozio­logie.

Es liegt in der Natur der Sache, dass zuerst jene Teildisziplin der Soziologie sich die Europäische Integration zum Thema machte, die sich auf Institutionen, Recht und Bürokratie konzentriert.²⁹ Daraus ergaben sich politiknahe soziologische Untersuchungen, die Ebene der Leute wird zwar mitgeführt, ihre Eigenlogik ist in diesem Forschungsdesign aber noch nicht ausreichend wichtig, um ihnen eigene empirische Untersuchungen zu widmen. Charakteristisch für die soziologische Sicht auf das Verhältnis zwischen politischer Institutionenentwicklung und den Einstellungen der potentielle davon betroffenen Leute war die Auffassung: „Die Institutionenbildung geht der Bewusstseinsbildung voraus, denn solange alle wesentlichen Interessen über die nationalstaatlichen verfahren Regulierungen und Organisationen formiert und repräsentiert werden, besteht keine Notwendigkeit zu einer den Nationalstaat übergreifenden Identifizierung und Selbstbeschreibung von Kollektiven auf europäischer Ebene.“³⁰ Mit der de facto Abschaffung von Grenzkontrollen im Schengenraum, mit der Einführung der gemeinsamen Währung und mit der Osterweiterung 2004/2007 samt Arbeitnehmerfreizügigkeit musste die Institutionenentwicklung der EU ins Blickfeld der Leute geraten. Denn diese Entwicklungen griffen in ihre Lebensverhältnisse in einer Weise ein, dass direkte Interessenbezüge zu institutionellen EU-Entwicklungen entstanden. Diese Interessen variieren je nach Akteursgruppen und sind mit institutionellen Funktionsanforderungen keineswegs immer kompatibel. Damit werden der Eigensinn der Leute zum praktischen Problem und die

28 Scharpf, F. W.: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt a. M., 1999.

29 Lepsius, M. R.: Die europäische Gemeinschaft, a.a.O.

30 Lepsius, M. R.: Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR. Wiedervereinigung und Europäischen Union, Wiesbaden, 2013, hier 189.

Leuteebene zum soziologischen Thema. Also: Ein Bedarf an empirischen Informationen und an empirisch fundierter soziologischer Theorie zur Europäischen Integration entstand erst, als der Eigensinn der Leute unübersehbar wurde, und sich nicht länger ignorieren ließ, dass die Ebene der Leute auf den Europäischen Integrationsprozess insgesamt wirkt, sei es behindernd, sei es fördernd.

Im deutschen Sprachraum startete eine breitere soziologische Auseinandersetzung mit der europäischen Integration mit dem Band „die Europäisierung nationaler Gesellschaften“.³¹ Damals dominierten Texte, die auf Defizitdiagnosen hinausliefen: Es wurde gezeigt, dass auf der Europaebene Elemente von Gesellschaft fehlten, die – erst einmal ohne viel Begründungsaufwand – als konstitutiv für gelingende Gesellschaftsbildung angesehen wurden. Und diese wiederum wurde als Funktionsbedingung des Institutionenbestands der EU gesehen. Die These eines Defizits an europäischer Gesellschaftsbildung war also immer schon vom Imperativ der Regierbarkeit geleitet. Mit anderen Worten: Das Defizit wurde darin gesehen, dass den europäischen „governance“-Strukturen die Gesellschaft fehlt, zu deren Regierung sie entwickelt wurde.

V. Öffentlichkeit und Identität

Die Europasozio­logie findet ihre Themen im Spannungsfeld zwischen Institutionenebene und Leuteebene, samt den dort beobachtbaren Einstellungen, Interessen und Handlungsdispositionen unterschiedlicher Gruppen von Akteuren. Die europasozio­logische Forschung entwickelt sich in dem Maße, in dem sich die beiden Ebenen tatsächlich ausbilden. Es ist darum erforderlich, soziale Phänomene auf beiden Ebenen begrifflich klar zu unterscheiden und analytisch präzise aufeinander zu beziehen. Eine andere Auffassung dazu lautet, die Soziologie habe sich in erster Linie auf die Leuteebene, ihre Einstellungen, Interpretationen und Handlungsdispositionen der Leute zu konzentrieren. *Jan Delhey* schlägt vor, „auf Arbeitsteilung zu setzen und das soziologische Alleinstellungsmerkmal zu nutzen, das in der Analyse *gesellschaftlicher Prozesse* und der Einbettung von Politik in Gesellschaft liegt“.³² Institutionenfragen seien eher der Politikwissenschaft und den *integration studies* zu überlassen. Aber seit dem Ende des *permissive consensus* entstehen Integrationsdynamik und Integrationsprobleme aus Wechselwirkungen zwischen den Bestands- und Entwicklungsbedingungen von

31 *Bach, M.* (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40/2000 der KZfSS, Wiesbaden, 2000.

32 *Delhey, J.*: Das Abenteuer der Europäisierung, a.a.O, hier 10.

Institutionen und den Handlungsdispositionen der Leute. Die Auffassung, die Europasoziologie habe sich exklusiv auf die Leuteebene zu konzentrieren, verfehlt dieses Spannungsverhältnis und damit das wesentliche Charakteristikum der Europäischen Integration.

Aus der Gründungskonstellation der Europasoziologie ergibt sich, dass sie eine technokratische Schlagseite hat. Bis heute ist es kaum möglich, zwischen Europäischer Gesellschaftsbildung und dem Fortgang der institutionellen Integration zu unterscheiden. Selbstverständlich beziehen sich nicht alle Untersuchungen explizit auf Probleme der institutionellen Stabilität und Regierbarkeit der EU. Gleichwohl vertrete ich hier die These: Die Europasoziologie wird dominiert von einem allgemein gehaltenes Verständnis von sozialer Integration, das als vage Erfolgsbedingung der Europäischen Integration verstanden wird. Latent mitgeführt findet man in den europasoziologischen Analysen stets die Frage, ob und in welcher Weise sich Einstellungen und Handlungs- oder wenigstens Hinnahmefähigkeit bei den Leuten bilden, welche das europäische Regieren erleichtern. In Zeiten, in denen für die Soziologie noch ein nationalstaatlich gefasster Gesellschaftsbegriff selbstverständlich war, hätte eine solche technokratische Präokkupation der Gesellschaftsanalyse heftige soziologieinterne Kritik provoziert.³³

Die ersten empirischen Untersuchungen der Europasoziologie gingen von eher allgemein gehaltenen Vorstellungen darüber aus, welche Elemente eine in Entstehung befindliche europäische Gesellschaft aufweisen muss, um das EU-Institutionensystem sozial zu unterfüttern. Die Aufmerksamkeit richtete sich vor allem auf zwei Fragen: Entwickelt sich im Zuge der Europäischen Integration eine europäische Öffentlichkeit? Und kommt es zu Ausbildung einer Europäischen Identität?

„Öffentlichkeit“ wurde als Generator von Gesellschaft verstanden, die Frage nach Entwicklungsmöglichkeiten einer europäischen Gesellschaft wurde daher in die Frage nach dem Entwicklungsstand einer „europäischen Öffentlichkeit“ übersetzt.³⁴ Selten wurde genauer gefragt, in welcher Weise eine europäisierte

33 Koch, C./Senghaas, D. (Hg.): Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt a. M., 1970

34 Gerhards, J.: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Bach, M. (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40 der KZfSS, Wiesbaden, 2000, 277-305. Eder, K./Kantner, C.: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Bach, M. (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der KZfSS. Wiesbaden 2000, 306-331. Trenz, H.-J.: Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?, in:

Öffentlichkeit tatsächlich konstitutiv für die Entwicklung einer europäischen Gesellschaft wäre, und „intensivere öffentliche Information und Debatte die Akzeptanz tatsächlich erhöhen würde.“³⁵ Das Thema Öffentlichkeit wurde zu einem ertragreichen eigenen Forschungsfeld ausgebaut. Einerseits entstanden zahlreiche Arbeiten zu unterschiedlich operationalisierte Teilentwicklungen: Europäisierung von Medien, grenzüberschreitende Berichterstattung etc., in denen die Untersuchung der Entwicklung von Öffentlichkeit im EU-Kontext zunehmend zum Selbstzweck wurde, während ihr potentieller Beitrag zur sozialen Unterfütterung von EU-Institutionen und zur europäischen Gesellschaftsbildung in den Hintergrund trat.³⁶ Schließlich gibt es Untersuchungen, in denen die Fragestellung umgedreht wurde. Die Frage richtet sich nicht auf den Beitrag medial erzeugter Öffentlichkeit für europäische Gesellschaftsbildung, sondern auf den Einfluss der Europäischen Integration auf den Grad an grenzübergreifender Berichterstattung.³⁷ Andererseits gibt es einige Arbeiten zu den Anstrengungen der EU selbst, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und zu Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit beizutragen. Der direkte Bezug zwischen institutioneller Integration und Öffentlichkeit liegt bei diesen Arbeiten auf der Hand, und es zeigt sich, dass die Bemühungen weitestgehend erfolglos sind: Weder gelingt es der EU, mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz ihre Institutionen zu stärken³⁸, noch gelingt es der sozialwissenschaftlich inspirierte Selbstbeobachtung der EU (Eurobarometer), ihre Doppelrolle als Informations- und Überzeugungsinstrument zu bewältigen.³⁹

Die zweite Frage, die sich in den Anfängen der Europasozilogie direkt auf das Problem einer europäischen Gesellschaftsbildung richtete, galt der Entwicklung einer europäischen Identität oder der Identifikation mit Europa. In den ersten Untersuchungen wurde zwar sowohl nach Konstitutionsbedingungen als auch

Bach, M. (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Sonderheft 40 der KZfSS, Wiesbaden, 2000, 332-359.

35 Peters, B.: Nationale und transnationale Öffentlichkeiten, in: Peters, B (Hg.): Der Sinn von Öffentlichkeit, Frankfurt a. M., 2007, 283-297, hier 296.

36 Offerhaus, A.: Auslandskorrespondenten zwischen sachlicher Expertise und nationalem Vorurteil. Eine Gegenüberstellung von journalistischen Selbstaussagen und inhaltsanalytischen Befunden, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, Grenzüberschreitende Medienkommunikation', 60/2 (2012), 93-114.

37 Roose, J.: In nächster Nähe so fern? Grenzüberschreitende Regionalberichterstattung als Aspekt europäischer Integration, in: ZfS, 37/4 (2008), 321-341.

38 Nissen, S.: Kommunikation in der Krise. Entwicklung und Erfolgsbedingungen der EU-Informationspolitik, in: ZfP, 57/4 (2010), 453-473.

39 Höpner, M./Bojan J.: Kritik des Eurobarometers. Über die Verwischung der Grenze zwischen seriöser Demoskopie und interessengeleiteter Propaganda, in: Leviathan, 40/3 (2012), 326-349. Nissen, S.: The Eurobarometer and the process of European Integration. Methodological foundations and weakness of the largest European Survey, in: Quality and Quantity, 48/2 (2014), 713-727.

nach Wirkungen einer europäischen Identität gefragt, diese wurden aber nur allgemein auf die Entwicklung der Europäischen Integration bezogen. Sie wurden noch von der nicht näher geprüften Annahme getragen, dass eine europäische Identität der Integration förderlich sei.⁴⁰ Konkreter wurde der Bezug von Identifikationsprozessen zu Integrationsproblemen mit der Frage nach einer umverteilungsfesten europäischen Identität⁴¹ und der Annahme, „dass eine starke Identifikation der Bürger mit einem Identifikationsobjekt die Bereitschaft erhöht, Kosten zu übernehmen“.⁴² Dies traf sich mit der zunehmenden Einsicht, dass der Europäische Integrationsprozess kein permanentes, umfassendes Positivsummenspiel darstellt, sondern Erträge und Kosten mit sich bringt, es somit Gewinner und Verlierer der Integration gibt.⁴³ Mittlerweile dominieren Analysen, die das Thema in zweierlei Hinsicht konkretisieren. Zum einen wird die allgemeine Annahme, Identität habe einen stützenden Effekt für die Europäische Integration aufgelöst zu Gunsten von konkreten Bezügen zwischen Identität und der Entwicklung konkreter Institutionenkomplexe auf EU-Ebene. Und zum anderen wird das Einstellungssyndrom „europäische Identität“ in die beiden Komponenten; Interessen und normative Überzeugungen zerlegt.⁴⁴ Im Kern geht es nun darum, ob und in welchem Ausmaß individuelle Kosten der Europäischen Integration aus umwegigen Interessenkalkülen – im Sinne von eigennütziger Hilfe⁴⁵ – und wie weit sie auf Grund genuin normativer Einstellungen akzeptiert werden. Daran schließen Untersuchungen an zur Bereitschaft, Kosten der Durchsetzung von Gleichheitsnormen auf dem Arbeitsmarkt⁴⁶ und Kosten sozialpolitischer Umverteilung innerhalb der Europäischen Union zu tragen,⁴⁷ Untersuchungen zu

40 Viehoff, R./Segers, R. T. (Hg.): Kultur, Identität, Europa, Frankfurt a. M., 1999.

41 Vobruba, G.: Währungsunion, Sozialpolitik und das Problem einer umverteilungsfesten europäischen Identität, in: Leviathan, 27/1 (1999), 78-94.

42 Gerhards, J.: Identifikation mit Europa. Einige begriffliche Vorklärungen, in: Allmendinger, J. (Hg.): Entstaatlichung und Soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Opladen, 2003, 467-474, hier 470.

43 Münch, R.: Europäische Identitätsbildung. Zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung, in: Viehoff, R./Segers, R. T. (Hg.): Kultur, Identität, Europa, Frankfurt a. M., 1999, 223-252; Heschl, F.: Die politische Rhetorik der Europäischen Kommission, Wiesbaden, 2013; Vobruba, G.: Die Dynamik Europas, a.a.O., hier 31 ff.

44 Wilke, F.: Von europäischer Identität zu einem sozialen Europa? Eine empirische Studie zur europäischen Identität und deren Einfluss auf die Unterstützung europäischer Sozialpolitik, in: ZSR, 57/1 (2011), 3-26.

45 Vobruba, G.: Eigennützige Hilfe. Nachholende Modernisierungsprozesse und Interessenverflechtungen zwischen Ost und West, in: Nissen, S. (Hg.), Modernisierung nach dem Sozialismus, Marburg, 1992, 183-198.

46 Gerhards, J./Lengfeld, H.: Von der nationalen zur europäischen sozialen Sicherheit? Das Gleichheitskript der Europäischen Union und die Einstellungen der Bürger, in: Nissen, S./Vobruba, G. (Hg.): Die Ökonomie der Gesellschaft, Wiesbaden, 2009, 109-131.

47 Mau, S.: Democratic Demand for a Social Europe? Preferences of the European Citizenry, in: International Journal of Social Welfare, 14 (2005), 76-85; Wilke, F.: (Gem)einsam aus der Krise? Identität und

den Bedingungen, welche es erleichtern, der eigenen Minderheitenposition widersprechende Mehrheitsentscheide zu akzeptieren⁴⁸ oder zur Bereitschaft, Stabilisierungskosten der gemeinsamen europäischen Währung zu tragen.⁴⁹

VI. Vage Institutionenbezüge

Neben diesen Arbeiten verfeinerte sich die Forschung, die Informationen über transnationale zwischenmenschliche Kontakte und Einstellungen bereitstellte, die als Indikatoren EU-weiter sozialer Integrationsbereitschaft interpretiert werden. Allerdings bleibt der Bezug zur Institutionenebene hier allgemein und vage. Dabei lassen sich drei Arten von Ansätzen unterscheiden.

Erstens gibt es Untersuchungen, in denen transnationale Reisetätigkeit, Kontaktaufnahmen und kommunikativer Austausch beschrieben werden, ohne dass damit explizit Fragen nach sozialer Integration als Bedingung gelingender EU-Institutionenentwicklung verbunden werden.⁵⁰ In der Perspektive „horizontaler Europäisierung“ werden Tourismus, Studierendenmobilität, grenzüberschreitende Forschungsverbände, innereuropäische Mobilität von Arbeitskräften, Städtepartnerschaften etc. untersucht.⁵¹ Als Schritte in Richtung einer europäischen Gesellschaftsbildung werden insgesamt die „vielfältigen horizontalen Aktivitäten und sozialen Verflechtungen über staatliche Grenzen hinweg“ gesehen.⁵² Solche Untersuchungen erfüllen ihren Selbstzweck ausgezeichnet - in dem Sinne, dass sie Informationen über unterschiedliche soziale Phänomene und Entwicklungen in Europa anbieten. Der Bezug zur Europäischen Union besteht allenfalls darin, dass damit der Rahmen der Untersuchungsobjekte abgesteckt wird. In der Regel wird dabei als selbstverständlich unterstellt, dass diese „alltagsweltliche Europäisierung“⁵³ in all ihren Versionen soziale Integration bedeutet. Offen bleibt ihr

die Vorstellung eines europäischen Sozialraums, in: Eigmüller, M. (Hg.): Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive, Weinheim, 2012, 226-249.

48 Vobruba, G.: The Limits of Legitimation. Preconditions for Conflict Resolution by Majority Rule in the European Union, in: Czech Sociological Review, 42/6 (2006), 1137-1150.

49 Lengfeld, H./Schmidt, S./Häuberer, J.: Is There a European Solidarity? Attitudes Towards Fiscal Assistance for Debt-Ridden European Union Member States, 2015, verfügbar unter: <http://ssrn.com/abstract=2597605> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2597605>.

50 Roose, J.: Vergesellschaftung an Europas Binnengrenzen. Eine vergleichende Studie zu den Bedingungen sozialer Integration, Wiesbaden, 2010.

51 Hönig, B.: Europeanization of Sociology. A Comparative Perspective on Slovenia and Austria, Baden-Baden, 2012; Verwiebe, R./Müller, M. C.: Gelungene Integration in den Arbeitsmarkt? Die flexiblen Biographien transnational mobiler Europäer zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: BJS, 16/1 (2006), 95-114; Mau, S./Verwiebe, R.: Die Sozialstruktur Europas. Konstanz, 2009; Langenohl, A.: Imaginäre Grenzen. Zur Entstehung impliziter Kollektivität in EU-Europa, in: BJS, 20/1 (2010) 45-63.

52 Büttner, S./Mau, S.: Horizontale Europäisierung und Europäische Integration, in: Eigmüller, M./Mau, S. (Hg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik, Wiesbaden, 2010, 274-318, hier 275.

53 Büttner, S./Mau, S., a.a.O., hier 309.

Verhältnis zur Institutionenentwicklung: ob sie einen Beitrag zur institutionellen Integration leistet, oder ob man in ihr gar Anzeichen für Prozesse der europäischen Gesellschaftsbildung abseits oder gegen die Institutionenentwicklung finden kann. Wenn ich recht sehe, signalisiert der forschungsleitende Terminus „horizontale Europäisierung“⁵⁴ die schwache Verbindung mit der Institutionenebene deutlich.

Zweitens gibt es Untersuchungen, in denen Vorstellungen, Einstellungen, Realitätsdeutungen der Leute mit den institutionalisierten Leitideen, die sich aus EU-Dokumenten destillieren lassen, verglichen werden.⁵⁵ Auf diese Weise lassen sich interessante Übereinstimmungen und Diskrepanzen zwischen Institutionen- und Leutevorstellungen feststellen, aber es bleibt im Ungefähren, was dies für die Europäische Integration tatsächlich bedeutet. Entstehen daraus Integrationshindernisse? Ergeben sich Ansatzpunkte für alternative Integrationswege? Oder ist das Verhältnis zwischen den Institutionen- und den Leutevorstellungen für den Integrationsprozess weitgehend gleichgültig?

Und drittens finden sich Untersuchungen, in denen Einstellungen und Kompetenzen (als zumindest latente Handlungsressourcen gedeutet) auf institutionelle Gegebenheiten der EU bezogen werden. Die Relevanz von solchen Gegebenheiten auf der Handlungsebene (Sozialintegration) für Funktions- und Legitimationsanforderungen von EU-Institutionen (Systemintegration) werden entweder, wie im Fall von Fremdsprachenkenntnissen, als evident angesehen oder sind in aller Regel sehr allgemein gehalten.⁵⁶ Gegenseitiges Vertrauen gilt als konstitutiv für eine europäische Gesellschaftsbildung⁵⁷ – auf welche Inhalte sich das Vertrauen richtet und welche institutionellen Anforderungen es entspricht oder widerspricht, bleibt undeutlich.

54 Heidenreich, M. et al.: Europäische Vergesellschaftungsprozesse. Horizontale Europäisierung zwischen nationalstaatlicher und globaler Vergesellschaftung. Pre-prints of the DFG Research Unit „Horizontal Europeanization“, 2012, verfügbar unter: http://www.horizontal-europeanization.eu/downloads/pre-prints/PP_HoEu_2012-01_heidenreich_et_al_europaeische_vergesellschaftungsprozesse.pdf.

55 Gerhards, J.: Europäische versus nationale Gleichheit. Die Akzeptanz der Freizügigkeitsregel für Arbeitskräfte in den Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union, in: Heidenreich, M. (Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit, Frankfurt a. M., 2006, 253-276; Gerhards, J./Hessel, Ph.: Das Globalisierungsskript der Europäischen Union und seine Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern in 15 Mitgliedsländern der EU, in: BJS, 18/4 (2008), 596-622.

56 Gerhards, J.: Transnationales linguistisches Kapital der Bürger und der Prozess der Europäischen Integration, in: Eigmüller, M./Mau, S. (Hg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung, Wiesbaden, 2010, 213-244.

57 Delhey, J.: Die osterweiterte Europäische Union – ein optimaler Integrationsraum?, in: Eigmüller, M./Mau, S. (Hg.): Gesellschaftstheorie und Europapolitik, Wiesbaden, 2010, 194-212.

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Ich vertrete keineswegs die Auffassung, dass die Untersuchungen dieses Typs nicht wichtig sind. Ganz im Gegenteil: Informationen über die sozialen Verhältnisse und Einstellungen der Leute in Europa, samt deren Ursachen, sind von erheblichem Eigenwert vor allem angesichts des raschen Wandels dieser Verhältnisse. Gleichwohl sind zwei weitere Argumentationsschritte erforderlich, um diese Ergebnisse mit den Analysen über institutionellen Wandel und seine Krisen enger zu verbinden. Zum einen muss über die objektive Feststellung von Ungleichheitsstrukturen etc. hinaus nach der subjektseitigen Wahrnehmung dieser Sachverhalte gefragt werden, um Handlungspotentiale zu ermitteln, die sich an/gegen die EU und ihre Institutionen richten. Und zum anderen müssen diese Ergebnisse präzise auf den Institutionenbestand der EU bezogen werden. Bisher sind die Ergebnisse der Leutebene (Mikro- und Mesoebene) meist nicht ausreichend präzise auf konkrete Anforderungen bezogen, die sich aus der institutionellen Entwicklung ergeben: Weder im Sinne der Unterstützung der EU-Institutionen, noch im Sinne einer Europäischen Gesellschaftsbildung abseits oder in Opposition zur institutionellen Entwicklung.

VII. Konkreter Problem­druck

Die Eurokrise und ihre sozialen Folgen bedeuteten einen weiteren Schub, in dem die Leute in die Europäische Integration stärker involviert wurden. Denn „die Krise macht den Leuten mehr als je zuvor deutlich, dass es die EU gibt und dass dort politische Entscheidungen getroffen werden, die im Alltagshandel eine Rolle spielen.“⁵⁸ Die Euro- und die Schengenkrise haben die letzten Reste des *permissive consensus* beseitigt. Damit steigerte sich der konkrete Problem­druck auf die Institutionen. Die Europasozio­logie reagierte darauf

Die institutionensoziologischen Analysen werden ohnehin durchwegs von der Sorge, die europäische Integration könnte scheitern, angetrieben.⁵⁹ Das ist bei ihrer begrifflichen Einstellung auf Institutionen als Problem­fokus angesichts von Osterweiterungsproblemen, Euro- und Schengenkrise nicht überraschend. Aber auch Untersuchungen, die sich auf die Handlungsebene konzentrieren, befassen sich nun mit ihrem Thema unter dem Gesichtspunkt von Gelingen oder Scheitern

58 Wilke, F.: (Gem)einsam aus der Krise? Identität und die Vorstellung eines europäischen Sozialraums, in: Eigmüller, M. (Hg.): Zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. Sozialpolitik in historisch-soziologischer Perspektive, Weinheim, 2012, 226-249, hier 228.

59 Lepsius, M. R.: Institutionalisierung politischen Handelns, a.a.O.; Bach, M.: Europa ohne Gesellschaft, Wiesbaden, 2015.

der EU-Integration. Im Krisenkontext entstanden Untersuchungen zu den Gründen und zum Umfang konkreter Zahlungsbereitschaft, etwa zur Unterstützung von Eurokrisenstaaten.⁶⁰ Hier ist nicht der Ort für Erwägungen, ob solche aus Einstellungsbefragungen gewonnenen Untersuchungsergebnisse tatsächlich politikrelevant sein können. Es geht darum, darauf aufmerksam zu machen, dass diese Art erkenntnisleitender Fragestellungen präzise Verbindungen zwischen Institutionenebene und Leuteebene herstellt. Damit zugleich intensivieren sie den technokratischen Defizitdiskurs, denn die Leuteebene wird systematisch in Hinblick auf institutionelle Erfordernisse zum Thema. Charakteristisch für den technokratischen Defizitdiskurs sind solche Forschungsfragen: Wird die EU-weite Arbeitnehmer- und Personenfreizügigkeit von einem ausreichend umfassenden Verständnis transnationaler Chancengleichheit getragen, oder fehlt ein solches? Gibt es eine die Institutionen des gemeinsamen Währungsraums ausreichend unterstützende transnationale Umverteilungsbereitschaft, oder fehlt sie?

Ebenso stehen Vermutungen über Konfliktpotentiale, die aus Überforderungen der Akzeptanzbereitschaft der Leute für die Kosten des Managements der Eurokrise entstehen, im Zeichen der Sorgen um den weiteren Fortgang der Europäischen Integration. Allerdings bleibt der Zusammenhang von Institutionen- und Leuteebene hier meist vage. Und solange der Bezug zwischen Institutionenebene und Leuteebene vage bleibt, lassen sich nur pauschal gehaltene Behauptungen über soziale Konfliktpotentiale, die von Institutionen hervorgerufen werden und sich gegen sie wenden, machen: Es führe die Strukturentwicklung der EU in „unauflösbare Dilemmata und eine zuvor nie gekannte Radikalisierung sozialer Konflikte.“⁶¹ Doch selbst wenn man die Problematik der Erhebungs- und Darstellungsweise von Eurobarometer-Informationen zur Zustimmung zur EU in Rechnung stellt⁶², erscheint die empirische Evidenz solcher Behauptungen höchst fraglich. Insgesamt: Ein Nebeneinander von Einstellungsuntersuchungen mit ungenauem Institutionenbezug und Institutionenanalysen mit vagen handlungstheoretischen Behauptungen scheint mir die Europasoziologie gegenwärtig zu dominieren.

60 *Lengfeld, H.*: Die Kosten der Hilfe. Europäische Fiskalkrise und die Bereitschaft der Deutschen zur Zahlung einer europäischen Solidaritätssteuer, in: Rössel, J./Roose, J. (Hg.): *Empirische Kultursoziologie*, Wiesbaden, 2015, 381-405; *Lengfeld, H./Schmidt, S./Häuberer, J.*, a.a.O.

61 *Bach, M.*: Paradoxes Europa: Zur (Eigen-)Dynamik der Eurokrise, in: Fehmel, T./Lessenich, S./Preunkert, J. (Hg.): *Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen*, Frankfurt a. M., 2014, 159-174, hier 172.

62 *Nissen, S.*: *The Eurobarometer and the process of European Integration*, a.a.O.

Wie muss die Europasozio­logie vorgehen, um diese Konstellation zu überwin­den? Dafür muss die Europasozio­logie, so denke ich, zweierlei leisten. Im ersten Schritt muss sie Institutionenebene und Leuteebene begrifflich klar trennen und analytisch präzise aufeinander beziehen.⁶³ Dies sollte aus dem bisher Gesagten ausreichend deutlich geworden sein. Und im zweiten Schritt muss die Europasozio­logie, im Sinne von Beobachtung zweiter Ordnung, die Beobachtungen, Inter­pretationen und potentiellen Handlungsorientierungen der für die Fragestel­lung jeweils relevanten Akteure zu ihrem zentralen Gegenstand machen. Ich konzentriere mich hier auf den zweiten Punkt.

VIII. Integration in der Beobachtung zweiter Ordnung

In die Richtung einer genaueren Verknüpfung von Institutionenentwicklung und sozialer Integration weisen jene Untersuchungen, die in den folgenden zwei Schritten vorgehen: Im ersten Schritt werden – im Sinne von Beobachtung zweiter Ordnung – die subjektive Wahrnehmungen von gesellschaftlichen Problemla­gen empirisch erfasst. Im zweiten Schritt wird untersucht, wem die Verursa­chung der Probleme zugeordnet wird und an welche Institutionen Forderungen der Leute adressiert werden, die Probleme zu lösen. Erste Ansätze dazu findet man in der Ungleichheitsforschung.

In der Forschung zu Europäisierung sozialer Ungleichheit gibt es zunehmend nicht nur Darstellungen objektiver Ungleichheit, sondern auch Untersuchungen des sich wandelnde Bezugssystems für die Selbstverortung innerhalb von sozia­len Ungleichheitsstrukturen. *Heidenreich und Härpfer* kommen zu dem Ergeb­nis, „dass die subjektive Bewertung der eigenen finanziellen Situation wesentlich auch auf länderübergreifende Vergleichsmaßstäbe verweist. Dies spricht für einen europäischen Referenzrahmen.“⁶⁴ Dieser löst den Nationalstaat zwar nicht ab, tritt aber zu ihm hinzu. An dieses Ergebnis lassen sich weitere Aspekte sub­jektiver Europäisierung anschließen. Mit Hilfe des Referenzgruppenansatzes

63 Eine interessante Verbindung zwischen Leuteebene und Institutionenebene untersucht Monika Eigmüller. Sie analysiert die Wirkung individueller Klagen beim EUGH auf die Europäisierung von nationaler Sozialpolitik. Aber dieser Ansatz ist nicht verallgemeinerbar, weil die Verbindung der beiden Ebenen auf dem spezifisch wirkungsvollen Hebel der Bindungskraft von Gerichtsurteilen beruht, durch die Interessen Einzelner weit reichende institutionelle Folgen haben. Dazu: *Eigmüller, M.*: Europäisierung der Sozialpolitik. Der Einfluss individueller Akteure auf den Integrationsprozess, in: ZSR, 58/3 (2012), 263-287; *Eigmüller, M.*: Europeanization from Below. The Influence of Individual Actors on the EU Integration of Social Policies, in: *Journal of European Social Policy*, 23/4 (2013), 364-376.

64 *Heidenreich, M./Härpfer, M.*: Einkommensungleichheiten in der Europäischen Union. Ihre innen- und zwischenstaatliche Dynamik und ihre subjektive Bewertung, in: *Eigmüller, M./ Mau, S.* (Hg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik*, Wiesbaden, 2010, 245-273, hier 268.

kann die Tendenz belegt werden, dass die eigene Position aus praktischen Vergleichen in einem EU-weiten Rahmen bestimmt und so ein Aspekt eines europäischen Sozialraums konstruiert wird. Zum einen besteht die Tendenz, sich im europäischen Rahmen „nach oben“ zu vergleichen. Das heißt, dass die eigene Einkommensposition in Relation zu günstigeren, nicht aber zu ungünstigeren Einkommenssituationen in anderen Mitgliedsländern bestimmt wird.⁶⁵ Das daraus resultierende Unzufriedenheitspotential und Anspruchsverhalten liegt auf der Hand. Dazu kommt die weitere Tendenz, Verursachung und Verantwortlichkeit für unerwünschte Ungleichheiten nicht nur dem eigenen Nationalstaat sondern auch der EU-Ebene zuzuschreiben⁶⁶ und schließlich die zunehmende Politisierung der EU, das bedeutet: soziale Sachverhalte politischen Entscheidungen als Ursache zuzuschreiben.⁶⁷ Zwar bleibt der Zusammenhang zwischen Institutionen- und Leutebene auch hier noch konkretisierungsbedürftig, doch lassen sich darauf aufbauend präzise Fragen zu Wechselwirkungen zwischen wahrgenommener sozialer Ungleichheit und EU-Institutionen stellen. Man sieht: Von der soziologischen Beobachtung der Selbstverortung der Leute in europäisch gerahmten Ungleichheitsstruktur führen mehrere Vermittlungsschritte zu potentiellen Handlungskonsequenzen, die sich auf den Institutionenbestand der EU richten. Im Kern handelt es sich bei solchen Untersuchungen von Einkommensungleichheit um Analysen, die darauf beruhen, dass soziologisch beobachtet und interpretiert wird, wie die Leute ihre Position in einer Ungleichheitsstruktur beobachten, interpretieren, und wie sie gegebenenfalls handeln.

Noch deutlicher wird die präzise Verbindung zwischen institutionellen Funktionserfordernissen und den Einstellungen der jeweils dafür relevanten Akteure in Kombination mit Beobachtung zweiter Ordnung bei der Analyse von Vertrauensproblem in der Eurokrise.⁶⁸ Zum einen führt die Beobachtung zweiter Ordnung zu dem Ergebnis, dass nicht Vertrauen pauschal ein Funktionserfordernis

65 *Delhey, J./Kohler, U.*: Europäisierung sozialer Ungleichheit. Die Perspektive der Referenzgruppen-Forschung. In: Heidenreich, M. (Hg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit, Frankfurt a. M. u.a., 2006, 339-358, hier 352; *Delhey, J./Kohler, U.*: From Nationally Bounded to Pan-European Inequalities? On the Importance of Foreign Countries as Reference Groups, in: *European Sociological Review*, 22/2 (2006), 125-140.

66 *Gerhards, J./Offerhaus, A./Roose, J.*: Die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. Zur Entwicklung eines inhaltsanalytischen Instrumentariums, in: *KZfSS*, 59/1 (2007), 105-124.

67 *Lepsius, M. R.* Institutionalisation politischer Handelns, a.a.O.; *Rauh, C./Zürm, M.*: Zur Politisierung der EU in der Krise, in: Heidenreich, M.(Hg.): Krise der europäischen Vergesellschaftung?, Wiesbaden, 2014, 121-145.

68 *Preunkert, J.*: Vertrauen in der Krise – Vertrauen als Verantwortungszuschreibung, in: Fehmel, T./Lessenich, S./Preunkert, J. (Hg.): Systemzwang und Akteurswissen. Theorie und Empirie von Autonomiegewinnen, Frankfurt a. M. u.a., 2014.

der Europäischen Integration ist, sondern dass das Vertrauen unterschiedlicher Akteursgruppen für die Bewältigung konkreter Problemkonstellationen im Zuge der Europäischen Integration unterschiedlich relevant ist.⁶⁹ Zum anderen kann gezeigt werden, dass Akteure, die als Vertrauensgeber in der Praxis als funktionsrelevant interpretiert werden, ihren Vertrauensnehmern Verpflichtungen auferlegen können. Insbesondere sind Staatsgläubiger in der Lage, durch Verantwortungszuschreibungen de facto die Europäisierung von Garantien für Staatsschulden zu erzwingen, so dass „ein Raum europäischer Verantwortlichkeit entsteht, in welchem dem Wohlwollen der Gläubiger, das sich in niedrigen Zinsen ausdrückt, Systemrelevanz zugesprochen wird.“⁷⁰

Insgesamt geht es also nicht darum, dass die Soziologie die sozialen Verhältnisse an einem mehr oder weniger anspruchsvollen Begriff von sozialer Integration als „Messlatte für eine gelungene Integration“⁷¹ prüft. Darum bleibt einstweilen unklar, was die soziologische Diagnose einer „Überintegration“⁷² der EU meint. Beruht eine solche Diagnose auf einem soziologischen Maßstab, ist nicht zu sehen, dass aus einer solchen soziologischen Beurteilung irgendetwas folgt. Rekuriert die Diagnose auf Einstellungen der Leute, wäre empirisch zu zeigen, welche Gruppen von Akteuren den gegenwärtigen Integrationsstand tatsächlich als Überintegration interpretieren und welche Handlungsdispositionen sie daran anschließen. Handlungsfolgen, die sich aus der Eurokrise ergeben, erschließen sich erst über die soziologische Beobachtung, wie die Akteure die Verhältnisse – in diesem Fall: die Eurokrise – beobachten, interpretieren und welche Handlungskonsequenzen sie daran anschließen.

Diese Beispiele von Verknüpfungen von Institutionen- und Leuteebene in der Perspektive der Beobachtung zweiter Ordnung führen zu meinem eingangs skizzierten Theorierahmen zurück. Die Analysen konkreter Problemkonstellationen zwischen Institutionen- und Leuteebene, welche die Europäische Integration – in welche Richtung auch immer – antreiben, führen direkt zu der Frage nach der sozialen Konstruktion einer europäischen Gesellschaft. Alle einschlägigen empirischen

69 Preunkert, J./Vobruba, G.: Die beiden Hälften der Eurokrise, in: Gegenworte. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 30 (2013); Preunkert, J.: Die verborgene Seite der Krise, in: Preunkert, J./Vobruba, G. (Hg.): Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise, Wiesbaden, 2015, 3-20.

70 Preunkert J.: Die verborgene Seite der Krise, a.a.O., hier 13.

71 Gerhards, J./Lengfeld, H.: Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger, Wiesbaden, 2013, hier 219.

72 Bach, M.: Negative Europäisierung. Die Eurokrise und die Paradoxien der institutionellen Überintegration, in: Preunkert, J./Vobruba, G. (Hg.): Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise, Wiesbaden, 2015, 205-217.

rischen Untersuchungen dazu weisen darauf hin, dass gebildete Gutverdiener eher ein europäisch gerahmtes, bildungsfernere Gruppen mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen dagegen ein national gerahmtes Gesellschaftsverständnis verfechten.⁷³ Es gibt also starke empirische Hinweise darauf, dass man sozialwissenschaftlich nicht von einem Gesellschaftsverständnis ausgehen kann, sondern zur Kenntnis nehmen muss, dass im Zuge der Europäischen Integration unterschiedliche rivalisierende Gesellschaftskonzeptionen existieren. In der Perspektive der soziologischen Gesellschaftstheorie, für die Beobachtungen zweiter Ordnung konstitutiv sind, ist das nichts Besonderes: Soziologisch wird beobachtet und interpretiert, im Rahmen welches Bezugssystem relevante Akteure Prozesse sozialer Integration beobachten, interpretieren und dem entsprechend handeln. Konkret lässt sich fragen: Welche Akteursgruppen legen an gegebene Konstellationen sozialer Integration welche Maßstäbe an? Aus welchen Werthaltungen, welchen Interessen und welchen Interpretationen institutioneller Funktionserfordernisse oder auch Zumutungen ergeben sich diese Maßstäbe? Aus einer solchen Wende ergibt sich natürlich keineswegs, dass die Europasoziologie ihrem Gegenstand grundsätzlich „kritisch“ gegenüber steht (was auch immer das heißen mag). Es folgt daraus nur, dass euroskeptische Beziehungen zwischen Institutionen- und Leuteebene ernsthaft Thema werden können. Es geht hier also nicht um kritische Einstellung der Europasoziologie, sondern darum, praktisch stattfindende Europakritik zum Gegenstand der Europasoziologie zu machen und zu untersuchen.

Ich fasse zusammen. Die überwiegende Mehrzahl der soziologischen Beiträge befasst sich mit Aspekten der sozialen Integration in Europa, die generell als Elemente von Gesellschaftsbildung angesehen werden, die aber nur selten präzise auf EU-Institutionenentwicklung bezogen werden. Daraus ergibt sich ein merkwürdig unverbundenes Nebeneinander von Institutionenforschung und Forschung zu unterschiedlichen Aspekten der sogenannten „horizontalen Europäisierung“. Die Verbindung von Institutionen der EU und Interpretationen samt Handlungsdispositionen der Leute schaffen am ehesten jene Ansätze, die nach utilitaristischen Verhältnissen zwischen Institutionen und Leuten fragen: For-

73 *Tang, H.* (Hg.): *Winners and Losers of EU Integration. Policy Issues for Central and Eastern Europe*, Washington D.C., 2000; *Münch, R.*: *Offene Räume. Soziale Integration diesseits und jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt a. M., 200; *Heidenreich, M.*: Die Europäisierung sozialer Ungleichheiten zwischen nationaler Solidarität, europäischer Koordinierung und globalem Wettbewerb, in: Heidenreich, M. (Hg.): *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit*, Frankfurt a. M. u.a., 2006, 17-64. *Fligstein, N.*: *Who are the Europeans and how does this matter for politics?*, in: Checkel, J. T./Katzenstein, P. J. (Hg.): *European Identity*, Cambridge, 2009, 132-166; *Haller, M.*: *Die Europäische Integration als Elienprozess*, Wiesbaden, 2009.

schungen zum Zusammenhang zwischen erwarteten/wahrgenommenen materiellen Vor und Nachteilen institutioneller der Europäischen Integration und Forschungen zur tatsächlich gemessenen und zur wahrgenommenen Entwicklung sozialer Ungleichheit im EU-Rahmen.

Sehr selten findet man Untersuchungen, welche auf die Entwicklung eines sogenannten oppositionellen europäischen Gesellschaftsverständnisses hindeuten; also Untersuchungen, die Euroskeptizismus als Rohmaterial für Ansätze einer oppositionellen europäischen Gesellschaftsbildung nehmen.

IX. Making sense of Euroscepticism

Bei den Wahlen zum griechischen Parlament im September 2015 wurde *Syriza*, eine Partei mit deutlich euroskeptischer Wählerschaft, mit 35,46% die stärkste Partei. Ihre Abspaltung *Laiki Enotita* (Volkseinheit) mit ihrer Forderung nach einem Austritt Griechenlands aus der gemeinsamen Währung verfehlte mit 2,86% den Einzug ins Parlament. Diese Momentaufnahme zeigt: Euroskepsis ist nicht gleich Austrittsoption. Dies verweist auf die Möglichkeit von Opposition, die sich nicht prinzipiell gegen die Europäische Integration, sondern gegen ihre konkrete Entwicklungsrichtung wendet. Man wird ohne viel Risiko davon ausgehen können, dass es sich dabei um den in Griechenland weit verbreiteten Wunsch handelt, die von der EU verfügte Austerität zwar abzuschütteln, in der EU als Solidarverband aber zu bleiben. Ebenso muss man zur Kenntnis nehmen, dass es mindestens noch eine zweite, spiegelbildliche Kombination von grundsätzlicher EU-Akzeptanz und EU-Skepsis gibt, nämlich: Die EU im gegebenen Umfang zwar zu erhalten, damit verbundene Kosten, etwa in Form von höheren Zinsen durch *Eurobonds* oder Ansätze einer Transferunion, aber zu vermeiden. Spätestens wenn man also sieht, dass es innerhalb der EU unterschiedliche, miteinander kollidierende Vorstellungen alternativer Entwicklung der EU gibt, stellt sich die Frage: Bietet die Europasozilogie Einsichten, die auf die Möglichkeit von Alternativen der Gesellschaftsbildung in der EU hindeuten?⁷⁴

Euroscepticism ist in der angelsächsischen sozialwissenschaftlichen Literatur ein ausführlich diskutiertes Thema.⁷⁵ Das mag mit den politischen Alltagserfahrungen

74 *Beichelt, T.*: EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik, in: Berliner Debatte Initial, 21/2 (2010), 3-16.

75 *Hooghe, L./Gary Marks, G.*: Sources of Euroscepticism, in: Acta Politica, 42 (2007), 119-127; *Taylor, P.*: The End of European Integration. Anti-Europeanism Examined, London, New York, 2008; *Ioannou, D./Jamet, J.-F./Kleibl, J.*: Spillovers and Euroscepticism, European Central Bank, Working Paper Series 1815 (2015).

gen in Großbritannien zusammenhängen. Die deutschsprachige Soziologie bietet zum Thema Euroskeptizismus vergleichsweise wenig; und erst recht wurde bisher kaum gesehen, dass von Untersuchungen des Euroskeptizismus ein Weg zur Analyse von Möglichkeiten und Ansätzen von sozialer Integration abseits oder gegen die gegebenen EU-Institutionen, also zur Frage nach Alternativen der Gesellschaftsbildung in der EU führen könnte.⁷⁶ Solche Untersuchungen müssen den technokratischen Bias der Europasozio­logie hinter sich lassen. Das bedeutet zugleich, dass neben der Gleichung: Euroskeptizismus bedeutet den Wunsch nach weniger/keiner Europäische Integration auch die Möglichkeit: Euroskeptizismus läuft auf eine andere Vorstellung von Europäischer Integration hinaus, kategorial Platz geschaffen wird. Im Ergebnis sollte es möglich sein, auf Abbau und auf Umbau gerichtete Einstellungen der Leute samt ihren Wirkungen auf EU-Institutionen unterscheidbar zu machen. Eine solche Differenzierung unterschiedlicher Gehalte von Euroskepsis ist die Grundvoraussetzung dafür, ihr Sinn abzugewinnen. Dabei aber würde ein Ansatz, der nach Gesellschaftsbildung gegen EU-Institutionen fragt, keineswegs aus dem Spannungsverhältnis zwischen Institutionenebene und Leuteebene ausbrechen. Ganz im Gegenteil. Gerade Versuche oppositioneller europäischer Gesellschaftsbildung müssten sich in der Praxis mit dem gegebenen EU-institutionellen Rahmen auseinandersetzen, und entsprechend müsste sich die Europasozio­logie, die sich solche Vorgänge zum Thema macht, erst recht auf das Spannungsverhältnis zwischen Institutionenebene und Leuteebene einstellen.

⁷⁶ *Beichelt, T.*: a.a.O.